

HOMOSEXUELLE INITIATIVE WIEN

1. Lesben- und Schwulenverband Österreichs



seit
1979

Frau Bundesministerin
Dr. Claudia Schmied
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

Minoritenplatz 5
1014 Wien

Wien, am 14. September 2012

Betr.: Status der russisch-orthodoxen Kirche als anerkannte Religionsgemeinschaft

Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Mit zunehmender Besorgnis beobachten wir, wie gesetzlich anerkannte Religionsgemeinschaften in Österreich immer lautstarker und massiver Grund- und Menschenrechte in Frage stellen, unterminieren und auch nicht davor zurückschrecken, den Rechtsstaat zu erpressen, wie etwa in der aktuellen Beschneidungsdebatte.

Besonders verwerflich ist in dieser Hinsicht die politische Einmischung der russisch-orthodoxen Kirche, die leider nicht auf die Mutterkirche in Russland beschränkt ist, wo sie – wie Sie sicherlich wissen – die Politik Wladimir Putins und seiner Regierung unterstützt, die Rechte von Lesben und Schwulen drastisch einzuschränken, etwa durch jüngst beschlossene Gesetze, welche die „Propagierung“ von Homosexualität unter Strafe stellen und die auch konsequent gegen HomosexuellenaktivistInnen eingesetzt und angewendet werden; oder durch den Umstand, dass seit 2006 die russischen Behörden Gay-Pride-Paraden in Moskau und anderen Städten regelmäßig untersagen. Mit aktiver und demonstrativer Unterstützung der russisch-orthodoxen Kirche werden Lesben und Schwulen in Russland grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit verwehrt. Russland wurden bereits wegen des Verbots einer solchen Parade vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg verurteilt, was an der Praxis der russischen Behörden allerdings nichts geändert hat.

Ein weiterer unrühmlicher Höhepunkt dieser unheiligen Allianz zwischen russisch-orthodoxer Kirche und dem Putin-Regime ist die Verfolgung der Aktivistinnen von „Pussy Riot“.

In jüngster Zeit hat die russisch-orthodoxe Kirche ihre antidemokratischen und menschenrechtsfeindlichen Aktivitäten auch ins Ausland getragen, etwa wenn sie fordert, dass jene AktivistInnen, die am 15. August 2012 aus Solidarität mit den verfolgten Pussy-Riot-Aktivistinnen in der russisch-orthodoxen Kathedrale in Wien-Landstraße – außerhalb des Gottesdienstes! – eine Protestaktion durchführten, ebenso inquisitorisch verfolgt und bestraft werden sollen wie Pussy Riot in Russland; oder als die russisch-orthodoxe Kirche in Island am Tag der „Regenbogenparade“ in der Hauptstadt Reykjavík am 11. August in einer Tageszeitung ein Inserat schaltete, in dem Homosexualität verurteilt wurde.

Wir halten dies für sehr bedenkliche Entwicklungen. Wiewohl das Recht auf freie Meinungsäußerung natürlich auch für Religionsgemeinschaften und ihre Vertreter gelten muss und wir hier auch gar keine Einschränkung fordern – und wenn sie Homosexualität als Sünde verurteilen, nehmen wir auch gerne den demokratischen Meinungs- und Ideenstreit mit ihnen auf –, so müssen wir uns doch dagegen verwehren, dass solche homophoben und antidemokratischen Haltungen durch die staatliche Anerkennung dieser Religions- und Bekenntnisgemeinschaften, mit der zusätzlich viele unserer Meinung nach völlig ungerechtfertigte Privilegien einhergehen, staatlich sanktioniert und damit indirekt vom Staat gutgeheißen werden. Dies widerspricht fundamental dem Prinzip der Trennung von Kirche und Staat.

Was die russisch-orthodoxe Kirche betrifft, unterstützen wir daher vollinhaltlich den Antrag der Initiative „Religion ist Privatsache“ auf Aberkennung des Status dieser Kirche als anerkannte Religionsgemeinschaft, der im August bei Ihnen eingebracht wurde (siehe Anlage). Wir fordern Sie, sehr geehrte Frau Bundesministerin, auf, den Antrag unvoreingenommen zu prüfen und die nötigen Konsequenzen zu ziehen. In der Anlage übermitteln wir Ihnen auch die aktuelle Ausgabe unserer Zeitschrift *LAMBDA-Nachrichten*, in der wir über die erwähnten Vorfälle ausführlich berichten (S. 6 ff sowie S. 24). Gerne stellen wir Ihnen weitere detaillierte Informationen über die prekäre Menschenrechtssituation von Lesben und Schwulen in Russland zur Verfügung bzw. informieren Sie gerne auch in einem persönlichen Gespräch darüber.

In der Erwartung Ihrer Stellungnahme verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Christian Högl
Obmann

2 Beilagen erwähnt